

Schlagzeilen

Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

(Bundesregierung) Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente in den Bundestag eingebracht. Der Entwurf setzt den Auftrag des Koalitionsvertrages um, die aktive Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage einer durchgeführten Wirksamkeitsanalyse neu auszurichten.

Siehe Seite 3 und Dokumentation im Anhang

Bildungsgipfel: Quote der Schul- und Ausbildungsabbrecher soll halbiert werden

(Bildungsgipfel/BMBF) Nach den Ergebnissen des Bildungsgipfels von Bund und Ländern in Dresden soll der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis zum Jahr 2015 auf insgesamt zehn Prozent erhöht werden. Die Mittel für den Bildungsbereich sollen von derzeit 6,2 auf sieben Prozent aufgestockt werden

Siehe Seite 3 und Dokumentation im Anhang

Inhalt

Aus der katholischen Bildungsarbeit

S. 2: BKU plädiert für Reform des Bildungssystems
Caritas: Befähigungsinitiative erfolgreich
Kolpingwerk wählt Bundesvorstand

Bildungspolitik

S. 3: Bildungsgipfel: Quote der Schul- und Ausbildungsabbrecher soll halbiert werden
Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente
Kurzarbeit für Qualifizierung nutzen
Länder wollen Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte vereinheitlichen
S. 4: Niedersachsen: Zuschüsse bis zu 2.000 Euro pro Jahr für Weiterbildung
BMBF-Programm stärkt mit 60 Millionen Euro die Bildung in den Kommunen
S. 5: BMBF: Aufstiegsstipendien werden sehr gut angenommen
Weiterbildungsinitiative zur Medienbildung bei ErzieherInnen gestartet
S. 6: Längsschnittstudie zeigt individuelle Bildungsverläufe
GEW schlägt Generationenpakt für Bildung und Weiterbildung vor
DIHK und HRK: Mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und Hochschulbildung!
S. 7: Gemeinsames Handeln zeigt deutliche Erfolge: Erstmals seit sieben Jahren mehr unbesetzte Stellen als unversorgte Bewerber

Nachrichten

S. 8: Verwaltungsrat der BA stellt Haushalt 2009 fest
Initiativpreis Aus- und Weiterbildung 2008
S. 9: Wirtschafts_magazin: Fördermittel werden nicht für Integration genutzt
Die meisten ausbildungsberechtigten Betriebe bilden auch aus
Rund 62 Prozent aller behinderten Menschen höchstens mit Hauptschulabschluss
S. 10: Mangelhafte Integration junger Menschen verursacht erhebliche Folgekosten
6,5 Prozent aller Migranten verlassen Schule ohne erfolgreichen Abschluss
S. 11: Junge Migranten am Arbeitsmarkt: Bildung und Einbürgerung verbessern die Chancen
Hermann-Schmidt-Preis 2008
S. 12: Studie: Wo Ausbildungspotenzial noch brach liegt
Neues Internetangebot des BIBB für Prüfer und Prüferinnen in der Berufsbildung
Fachtagung zur Neuausrichtung der Arbeitsmarktinstrumente
S. 13: BIBB aktualisiert Planspielkatalog für die Berufsbildung

Termine

01.-02.12.2008: DIE-Forum Weiterbildung
10.-14.02.2009: didacta Bildungsmesse
08.-09.05.2009: Weiterbildungsmesse BildungHoch2

Dokumentationen ab Seite 14:

Aufstieg durch Bildung – Die Qualifizierungsinitiative für Deutschland

Auf einen Blick: Die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Aus der katholischen Bildungsarbeit

BKU plädiert für Reform des Bildungssystems

(BKU) Der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) will eine umfassende Reform des Bildungssystems. Der Gedanke der sozialen Marktwirtschaft müsse auf das Bildungswesen übertragen werden, heißt es in einem neuen BKU-Papier mit dem Titel – Bildung für alle – Soziale Marktwirtschaft in der Bildungsfinanzierung. Der BKU plädiert für ein steuerlich begünstigtes „Bildungssparen“ ab dem ersten Lebensjahr. So sollen 100 Euro monatlich je Kind angespart werden. Allgemeine und berufsbildende Schulen sollen über einheitliche Pauschalbeträge aus Steuermitteln bezahlt werden. Die Finanzierung der Hochschulen solle künftig stärker aus dem aufgebauten Bildungsvermögen und über Studiengebühren erfolgen. Zudem müssten mehr Möglichkeiten geschaffen werden, nachschulische Bildung und Forschung über den Kapitalmarkt zu finanzieren.

www.bku.de >Aktuelles >Bildung für alle

Caritas: Befähigungsinitiative erfolgreich

(Caritas) Es ist uns gelungen, eine breite Öffentlichkeit für die Situation benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu sensibilisieren“, macht Caritas-Präsident Peter Neher mit Hinweis auf die Befähigungsinitiative des Verbandes zum Abschluss der Delegiertenversammlung in Essen vor Journalisten deutlich. So habe die Befähigungsinitiative in den vergangenen drei Jahren gezeigt, dass die Caritas ein wichtiger Akteur der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland ist. Auch nach Abschluss der Initiative werde der Verband dieses Engagement weiterführen und sich noch intensiver in bildungspolitische Debatten einbringen.

Intensiv diskutiert wurde bei diesem Treffen des höchsten Beschlussorgans der Caritas auch die Frage eines allgemeinen gesetzlichen bzw. branchenspezifischen Mindestlohns. Präsident Neher weist darauf hin, dass die Caritas arbeitsmarktpolitische Fragen unter einem spezifischen Blickwinkel diskutiert. „Wir treten für die Interessen arbeitsloser Menschen ein, denen die Beteiligung am Arbeitsmarkt erschwert wird“, so Neher. Dazu gehörten Menschen mit geringen beruflichen Qualifikationen oder verfestigten Vermittlungshemmnissen.

„Eine staatliche Mindestlohnpolitik muss die Beschäftigungschancen dieser Menschen im Blick haben und darf ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt nicht erschweren“, sagte Neher. Grundsätzlich sei branchenspezifischen Lösungen, bei denen die Tarifparteien oder die Kommissionen des Dritten Weges der Kirchen eine starke Stellung behielten, Vorrang vor einem gesetzlich geregelten Mindestlohn zu geben.

Rund 190 Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet haben auf der Versammlung über zentrale sozial- und verbandspolitische Fragen diskutiert. Der Delegiertenversammlung gehören Vertreter der Diözesan- und Orts-Caritasverbände, aus Fachverbänden und Ordensgemeinschaften an.

Kolpingwerk wählt Bundesvorstand

(Kolpingwerk) Bei ihrer Bundesversammlung in Essen haben die Delegierten des Kolpingwerkes Deutschland turnusgemäß ihren Bundesvorstand gewählt

Als Bundesvorsitzender wurde der Bundestagsabgeordnete Thomas Dörflinger (43, Waldshut-Tiengen) wiedergewählt. Er hat das Amt seit vier Jahren inne. Seine Stellvertreter sind Barbara Breher (45, Pfaffenhofen/Ulm), die ebenfalls im Amt bestätigt wurde und Stefan Kowoll (43, Hennef). Als neuen Bundespräsident wählte die Versammlung Ottmar Dillenburg (47, Koblenz). Er tritt die Nachfolge von Bundespräsident Alois Schröder an, der nach zwölfjähriger Amtszeit nicht wieder kandidierte.

Weitere zehn Mitglieder wurden ebenfalls in den Bundesvorstand des katholischen Sozialverbandes mit mehr als 265.000 Mitgliedern gewählt: Dagmar Hoseas (Hannover), Gitte Scharlau (Nettersheim), Rosalia Walter (Buchloe), Jutta Schaad (Offenbach), Peter Wapelhorst (Münster), Herbert Barthelmes (Buchloe), Wolfgang Simon (Kronach), Ulrich Benedix (Rhauderfehn), Daniel Buchholz (Berlin) und Reinhard Ockel (Monheim).

Die Bundesversammlung des Kolpingwerkes tagt alle vier Jahre. Sie ist das höchste beschlussfassende Organ des Verbandes und wählt den Bundesvorstand.

Bildungspolitik

Bildungsgipfel: Quote der Schul- und Ausbildungsabbrecher soll halbiert werden

(Bildungsgipfel/BMBF) Nach den Ergebnissen des Bildungsgipfels von Bund und Ländern in Dresden soll der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis zum Jahr 2015 auf insgesamt zehn Prozent erhöht werden. Die Mittel für den Bildungsbereich sollen von derzeit 6,2 auf sieben Prozent aufgestockt werden. Weitere drei Prozent fließen in die Forschung. Insgesamt müssten dafür jährlich Mehrausgaben zwischen 25 und 60 Milliarden Euro aufgewendet werden. Die Länder, die grundsätzlich für Bildung zuständig sind, erwarten vom Bund eine stärkere finanzielle Beteiligung. In einer Strategieguppe sollen sich Bund und Länder in den nächsten zwölf Monaten näher kommen.

Nicht durchsetzen konnten sich die Länder mit ihrer Forderung nach einer höheren Beteiligung an der Umsatzsteuer und der Bund mit der Gründung einer Nationalen Bildungsstiftung.

Nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln wird die Zahl der unter 18-jährigen von 16,2 Millionen im Jahr 2006 auf 13,5 Millionen im Jahr 2020 sinken. Dadurch könne der Staat allein bei Kinderbetreuung, Kindergeld und Steuerfreibeträgen zwischen 3,4 Milliarden Euro (2010) und 6,9 Milliarden Euro (2020) einsparen. Weitere Mittel in Höhe von 2,4 bis 9,4 Milliarden Euro jährlich würden im Bildungsbudget frei, unter anderem auf der Ebene der Schulinvestitionen. Die Einsparungen durch die demografische Rendite sollen „insbesondere“ im Bildungssystem bleiben.

Die Gipfelteilnehmer haben vereinbart, die Zahl der Schul- und Ausbildungsabbrecher zu halbieren. Langzeitarbeitslosigkeit gebe es vor allem dort, wo Schulabschlüsse fehlten, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel der Presse nach dem Bildungsgipfel. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Kinder und Jugendliche mit schlechten Startchancen und problematischen Bildungsbiografien in verschiedenen Ausbildungsphasen gezielt unterstützt.

Zu den beschlossenen Maßnahmen gehören unter anderem Sprachtests vor Schuleintritt, „Kompetenzprofile“ und Stützkurse für gefährdete Siebtklässler, aber auch Hochschulzulassungen für Meister und Fachwirte ohne Abitur. Abschlüsse aus dem Ausland sollen leichter anerkannt werden, um mehr Migranten die Aufnahme eines Studiums zu ermöglichen.

Ergebnisse des Bildungsgipfels siehe Dokumentation im Anhang.

Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

(Bundesregierung) Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente in den Bundestag eingebracht. Der Entwurf setzt den Auftrag des Koalitionsvertrages um, die aktive Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage einer durchgeführten Wirksamkeitsanalyse neu auszurichten. Der Gesetzentwurf knüpft an die Strukturreformen am Arbeitsmarkt an. Er zielt darauf ab, in der Arbeitsförderung des Bundes die Mittel der Beitrags- und Steuerzahler noch effektiver und effizienter einzusetzen und gleichzeitig die arbeitsmarktpolitischen Handlungsmöglichkeiten zu erweitern.

Es wird ein Rechtsanspruch auf Förderung der Vorbereitung auf den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses eingeführt. Damit werden die Eingliederungschancen und die mittelfristigen beruflichen Entwicklungschancen gering qualifizierter Ausbildungssuchender und Arbeitsloser deutlich verbessert. Die Maßnahme schafft Fundament und Motivation für weitere Qualifizierungsschritte, die das Risiko der Arbeitslosigkeit verringern. Hierdurch kann die Solidargemeinschaft der Beitragszahler langfristig entlastet werden.

Unwirksame Instrumente werden abgeschafft. Der Entwurf legt die Grundlage für einen neuen Zielsteuerungsprozess zwischen der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der in den Abschluss einer Zielvereinbarung mündet. Mit dem Entwurf soll die Vermittlung als Kernbereich der Arbeitsmarktpolitik gestärkt und entbürokratisiert werden. Es wird ein Vermittlungsbudget eingeführt. Hierin gehen neun bisherige Einzelleistungen auf. Das Vermittlungsbudget ermöglicht es den Vermittlungsfachkräften vor Ort, eine individuelle und bestmögliche Förderung der arbeitssuchenden Arbeitnehmer vorzunehmen.

Außerdem werden die Instrumente zur Arbeitsmarktintegration von Arbeitslosengeld II - Beziehern neu geordnet.

*Siehe Bundestag-Drucksache 96/10810 + Bundesrat-Drucksache BR 755/08,
www.bundestag.de >Dokumente >Drucksachen >Arbeit und Beschäftigung
Siehe auch Dokumentation im Anhang*

Kurzarbeit für Qualifizierung nutzen

(Bundesregierung) Das Bundeskabinett hat eine Verordnung zur Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate ab dem 1. Januar 2009 beschlossen. Sie ist auf ein Jahr befristet und gilt für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld bis zum 31. Dezember 2009 haben. Damit will die Bundesregierung Betrieben helfen, in einer konjunkturell schwierigen Phase Beschäftigte zu halten und nicht zu entlassen. Ab 2009 verlängert sich die Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld von 12 auf 18 Monate. Diese Zeit bietet Unternehmen auch Möglichkeiten, ihre Beschäftigten gezielt zu qualifizieren. Damit setzt die Bundesregierung bereits eine Maßnahme aus dem Paket "Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" um, das sie am 3. November beschlossen hat. Noch bis Ende 2008 wird das Kurzarbeitergeld bis zu zwölf Monate ausgezahlt. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg geht von durchschnittlich rund 73.000 Kurzarbeitern in diesem Jahr und 160.000 Kurzarbeitern 2009 aus. Die Zeit von Kurzarbeit soll verstärkt für eine bezahlte Weiterbildung und Qualifizierung genutzt werden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) erarbeitet Vorschläge, wie Kurzarbeiter- und Qualifizierungsregelungen kombiniert werden können.

Als weiteren Impuls für den Arbeitsmarkt will das BMAS das Programm zur "Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen" (WeGebAU) ausweiten. Es läuft seit zwei Jahren.

www.bundesregierung.de

Länder wollen Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte vereinheitlichen

(Bundesregierung) Die Bundesländer wollen sich auf gemeinsame Mindestanforderungen für den Hochschulzugang beruflich Qualifizierter verständigen, die keine schulische Hochschulzugangsberechtigung haben. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der FDP-Fraktion.

Diese Maßnahme sei Teil eines Aufstiegspakets, das Bund und Länder auf dem Bildungsgipfel am 22. Oktober beschlossen hätten. Bislang unterscheiden sich nach Angaben der Bundesregierung die Regelungen in den einzelnen Bundesländern etwa hinsichtlich der erforderlichen beruflichen Qualifikation. Die Bundesregierung selbst will bis zum Jahr 2012 insgesamt 35 Millionen Euro für Aufstiegsstipendien zur Verfügung stellen. Damit könnten zunächst bis Ende 2009 eintausend Stipendien vergeben werden.

Aufstiegsstipendien sollen vor allem an diejenigen vergeben werden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung während der Ausbildung oder durch Berufspraxis erworben haben. Eine Aufstockung der Stipendienzahl wird derzeit geprüft.

Bundestag-Drucksache 16/10753

Niedersachsen: Zuschüsse bis zu 2.000 Euro pro Jahr für Weiterbildung

(Land Niedersachsen) Auf die Möglichkeit, in Niedersachsen Finanzierungszuschüsse zur Weiterbildung zu erhalten, weisen zurzeit verschiedene Industrie- und Handwerkskammern hin. Mit dem Förderprogramm IWiN können KMUs Zuschüsse zu den Lehrgangskosten für die Weiterbildung des Betriebsinhabers und/oder die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter von bis zu 2.000 Euro jährlich erhalten. Mit dem Programm "I-WiN - Individuelle Weiterbildung in Niedersachsen" fördert das Land Niedersachsen die Weiterbildung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Hierzu werden Zuschüsse aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Niedersachsen gezahlt.

Durch die Förderung sollen sich die niedersächsischen KMU und deren Mitarbeiter weiterentwickeln, um sich den neuen Herausforderungen der sich ständig ändernden Märkte stellen zu können. Für die Beratung und Antragstellung der KMU wurden in ganz Niedersachsen Regionale Anlaufstellen eingerichtet, die den antragstellenden Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite stehen sollen.

Vorteile des Förderprogramms sind einerseits die Verzahnung von Beratung und Antragstellung, so dass sich auch kleine Unternehmen durch Personalentwicklung zielgerichtet auf die neuen Herausforderungen des Wettbewerbs vorbereiten können und andererseits die unbürokratische Antragstellung und Abwicklung.

http://iwin-niedersachsen.de

BMBF-Programm stärkt mit 60 Millionen Euro die Bildung in den Kommunen

(BMBF) Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat gemeinsam mit Vertretern deutscher Stiftungen das Startsignal für das größte Programm des Bundes zur Weiterentwicklung des lebensbegleitenden Lernens gegeben. Staatssekretär Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer sagte am Mittwoch bei der Vorstellung des Programms "Lernen vor Ort" in Berlin: "Mit dem neuen 60 Millionen Euro umfassenden

Programm stärken wir in einer einzigartigen öffentlich-privaten Partnerschaft aus Bund, Kommunen und Stiftungen die Bildung vor Ort. In den Kommunen durchlaufen die Menschen ihre Bildungsbiographie – von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Weiterbildung. Wir unterstützen deshalb Städte, Landkreise und Regionen dabei, gute Ansätze für ein ganzheitliches Bildungsmanagement auszubauen."

"Lernen vor Ort" ist ein zentraler Bestandteil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung, die unter dem Motto "Aufstieg durch Bildung" einen energischen Schritt für mehr und bessere Bildung und Weiterbildung in allen Lebensbereichen unternimmt.

Deutsche Stiftungen haben sich bereit erklärt, das Programm zu unterstützen. Eine Reihe von großen, mittleren und kleineren Stiftungen hat daher einen Stiftungsverbund gegründet, dessen Mitglieder am Programm beteiligte Städte, Landkreise und Regionen als Paten fördern werden. Damit entsteht eine in dieser Dimension einzigartige öffentlich-private Partnerschaft und Lerngemeinschaft – zum praktischen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Der Stiftungsverbund ist offen für die Mitwirkung weiterer Stiftungen. Er steht über seine Geschäftsstelle zur Beratung und Unterstützung der Standorte zur Verfügung.

Die Patenschaften sind als Angebot zu verstehen und können individuell zwischen Standort und Stiftung vereinbart werden. Neben lokalen Grundpatenschaften können Stiftungen auch Themenpatenschaften übernehmen. "Jedem ausgewählten Standort soll eine Stiftung zur Seite stehen, die eine lokale Grundpatenschaft übernimmt. Zusätzlich oder alternativ können Stiftungen auch Themenpatenschaften übernehmen, entsprechend den von den Kommunen gewählten Arbeitsschwerpunkten.

In den nächsten Monaten werden in einem zweistufigen Verfahren Modellprojekte durch eine Jury ausgewählt. In dieser Jury sind auch die Länder vertreten, deren Zustimmung Voraussetzung für die Förderung der Einzelprojekte ist. Ab dem Spätsommer 2009 werden dann 25 bis 30 Kommunen zunächst für die Laufzeit von drei Jahren starten. Besonders gute Projekte sollen anschließend um zwei Jahre verlängert werden. Für die Gesamtlaufzeit stellen das Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Europäische Sozialfonds der Europäischen Union rund 60 Millionen Euro zu Verfügung.

Weitere Informationen und Text der Förderrichtlinien: www.lernen-vor-ort.info

BMBF: Aufstiegsstipendien werden sehr gut angenommen

(BMBF) Über 2.700 berufserfahrene Frauen und Männer haben sich in der ersten Auswahlrunde um ein Aufstiegsstipendium des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) beworben. Damit wurden die Erwartungen zur Nachfrage nach einem Studienstipendium für begabte Berufstätige weit übertroffen. Bundesbildungsministerin: Bis Ende 2009 ist zunächst die Aufnahme von 1.000 Stipendiatinnen und Stipendiaten geplant. Aufgrund der großen Nachfrage prüft die Bundesregierung derzeit die Möglichkeit einer Aufstockung des Programms. Für die erste Auswahlrunde der BMBF-Aufstiegsstipendien werden Anfang Dezember dieses Jahres die ersten Stipendiatinnen und Stipendiaten feststehen. Für Studierende im Vollzeitstudium beträgt das Stipendium 650 Euro sowie 80 Euro Büchergeld im Monat. Zusätzlich wird eine Kinderbetreuungspauschale (113 Euro für das 1. Kind, jeweils 85 Euro für jedes weitere) gewährt. Die Stipendien müssen nicht zurück gezahlt werden. Stipendiatinnen und Stipendiaten, die in einem berufsbegleitenden Studiengang studieren, erhalten jährlich 1.700 Euro für Maßnahmekosten.

www.aufstieg-durch-bildung.info

Weiterbildungsinitiative zur Medienbildung bei ErzieherInnen gestartet

(BMBF). Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat eine Initiative zur Medienqualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern gestartet. Die Initiative "Medienkompetenz für ErzieherInnen" führt das pädagogische Fachpersonal in Kindertagesstätten an das Lernen im Netz heran. Durch praxisnahe Schulungen soll die Arbeit mit digitalen Medien gelernt werden. Im Rahmen dieser Qualifizierungsmaßnahme, die vom BMBF mit rund 5 Millionen Euro gefördert wird, sollen bundesweit rund 10.000 Erzieherinnen und Erzieher weitergebildet werden. Die Schulungen dauern insgesamt fünf Tage und werden von medienpädagogischen Fachleuten angeboten. Angesprochen sind Erzieherinnen und Erzieher, die über keine oder nur geringe Vorkenntnisse verfügen. Ziel ist es, dass die Teilnehmer digitale Medien für ihre eigene berufliche Weiterbildung gezielt nutzen und im Kollegium beim Einsatz von Computer und Internet Unterstützung leisten. Der Verein Schulen ans Netz e. V. übernimmt die Organisation der Weiterbildungsseminare. Die Information der Kindertageseinrichtungen hierzu erfolgt gesondert über die Trägerorganisationen. Anmeldungen zu den Schulungen sind ab sofort über die jeweiligen Träger der Einrichtungen möglich.

www.schulen-ans-netz.de

Längsschnittstudie zeigt individuelle Bildungsverläufe

(BMBF) Wie entwickeln sich Kompetenzen im Lauf eines Lebens, welche Faktoren spielen für den Bildungserfolg eine Rolle? Und welchen Einfluss haben Bildungseinrichtungen auf diese Entwicklung? Diese und andere Fragen der Bildungsforschung wird das Nationale Bildungspanel untersuchen und analysieren, das jetzt vom BMBF gestartet wurde.

Das Nationale Bildungspanel für die Bundesrepublik Deutschland (National Educational Panel Study, NEPS) misst die Kompetenzentwicklung im Lebenslauf und wird Antworten auf zentrale bildungspolitische Fragen geben. So kann beispielsweise erstmalig beobachtet werden, wie sich Kinder aus gleichen Herkunftsfamilien und mit gleichen Kompetenzen in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen entwickeln, welche Faktoren positive Entwicklungen begünstigen, mit welchen Einflüssen Scheitern verbunden ist und wie so genannte "Risikofälle" aufgefangen werden können.

Das Panel wird von einem interdisziplinär zusammengesetzten Exzellenznetzwerk organisiert. Das Bundesbildungsministerium finanziert die Arbeit in 2009 mit rund 7,5 Millionen Euro. Die zur Verfügung gestellten Mittel sollen bis 2013 kontinuierlich auf gut 16 Millionen Euro steigen. Das Land Bayern und die Universität Bamberg unterstützen das nationale Bildungspanel ebenfalls erheblich. Das Besondere des Nationalen Bildungspanels ist die Längsschnittperspektive der Studie, vergleichbar mit einem Dokumentarfilm: Dieselben Menschen werden über längere Zeiträume regelmäßig befragt und getestet. So lässt sich nachvollziehen, wie sich Kompetenzen im Lebenslauf entfalten, wie Kompetenzen Entscheidungen an den Übergängen der Bildungskarriere beeinflussen und wie stark sie von der Familie sowie den Bildungseinrichtungen geprägt werden. Das Nationale Bildungspanel wird außerdem wichtige Datengrundlagen liefern für die Umsetzung der von Bund und Ländern beschlossenen Strategie zum lebenslangen Lernen und den sich ergebenden Anforderungen an den Einzelnen und an das Bildungssystem.

www.bmbf.de

GEW schlägt Generationenpakt für Bildung und Weiterbildung vor

(GEW) "Deutschland muss sich entscheiden: Wollen wir Millionen-Erben steuerfrei stellen oder soll massiv in den Ausbau guter Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie die Weiterbildung investiert werden? Um diese Grundsatzfrage geht es bei der Erbschaftsteuer. Vier Milliarden Euro nehmen die Länder bisher über diese Steuer ein. Mit diesem Geld lassen sich bundesweit beispielsweise rund 85.000 Sozialarbeiter an Schulen einstellen, das sind für jede Schule in Deutschland zwei dringend benötigte Stellen. Wir brauchen einen Generationen-Pakt für Bildung", erklärte der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Ulrich Thöne, mit Blick auf die laufenden Verhandlungen der Großen Koalition. Die Erbschaftsteuer müsse maßvoll erhöht werden. Die Einnahmen würden in Kindergärten, Schulen, Hochschulen und der Weiterbildung gut gebraucht. "Schließlich haben Bund und Länder beim Dresdener Bildungsgipfel vereinbart, zusätzliche Milliarden in das Bildungswesen zu investieren. Ohne zusätzliche Gelder aus der Erbschaftsteuer sind diese Beschlüsse schon heute Makulatur", so Thöne weiter.

www.gew.de

DIHK und HRK: Mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und Hochschulbildung!

(DIHK/HRK) Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) haben Vorschläge für mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung entwickelt. Ziel ist es, eine möglichst umfassende Qualifizierung der Fachkräfte in Wirtschaft und Wissenschaft zu gewährleisten. Schließlich verfügten "Personen mit einer beruflichen Ausbildung oder beruflicher Aufstiegsfortbildung in häufig unterschätztem Maß über fachliches Wissen und Fertigkeiten, anwendungsorientierte Fachkompetenzen und entsprechende Spezialisierungen sowie kommunikative und Managementkompetenzen, die auch im Studium vermittelt werden", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von DIHK und HRK.

Übergänge von der beruflichen Bildung an die Hochschulen seien zwar bereits heute realisierbar, doch würden die Möglichkeiten zu selten genutzt, weil Regeln und Verfahren zu wenig überschaubar und bekannt seien. Deshalb fordern DIHK und HRK "einfache und nachvollziehbare Wege ins Studium". Darüber hinaus müsse die Studiengestaltung der besonderen Lebenssituation beruflich Qualifizierter angepasst werden.

Für die Bundesländer gelte es, sich auf einheitliche Wege des Hochschulzugangs zu einigen und diese gesetzlich zu verankern. Auch müssten die Zulassungsverfahren der Studiengänge die Vorqualifikation beruf-

lich Qualifizierter ohne Hochschulzugangsberechtigung "fair und ohne Diskriminierung" einbeziehen; beruflich erworbene, bereits nachgewiesene Kompetenzen seien auf ein Hochschulstudium anzurechnen.

www.dihk.de >Presse >Pressemitteilungen und Statements

Gemeinsame Erklärung: Erstmals seit sieben Jahren mehr unbesetzte Stellen als unversorgte Bewerber

(Bundesagentur für Arbeit) Der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V., des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, des Bundesverbandes der Freien Berufe, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit haben eine gemeinsame Erklärung zum Ende des Berufsberatungsjahres am 30. September 2008 veröffentlicht:

„Erstmals seit sieben Jahren mehr unbesetzte Stellen als unversorgte Bewerber

Auch in diesem Jahr hat sich die Bilanz des Ausbildungspaktes nochmals verbessert. Bei den jetzt von der Bundesagentur für Arbeit und den Wirtschaftsverbänden vorgelegten Zahlen zeigen sich erneut deutliche Erfolge.

Die Gesamtwirtschaft konnte die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.9.2008 gegenüber dem Vorjahr um 9.200 (+ 1,7%) auf 539.560 Ausbildungsverträge steigern.

In Industrie und Handel wurden 343.259 Ausbildungsverträge abgeschlossen, das sind 11.562 mehr als im Vorjahr (+3,5%), im Handwerk 153.081, 2.455 weniger als im Vorjahr (- 1,6 %). Bei den Freien Berufen wurden 43.220 Verträge abgeschlossen, ein leichtes Minus von 93 (-0,2 %). Zusammen mit den übrigen Ausbildungsbereichen ist zu erwarten, dass in diesem Jahr das bereits sehr gute Vorjahresergebnis noch übertroffen werden kann.

Die bei der Paktverlängerung im März 2007 noch einmal erhöhten und sehr ehrgeizigen Ziele wurden mit der Einwerbung von 68.300 neuen Ausbildungsplätzen und 42.700 neuen Ausbildungsbetrieben bereits jetzt überschritten. 27.900 Stellen für Einstiegsqualifizierungen sind bereits eingeworben.

Zum Ende des Berufsberatungsjahres 2007/2008 am 30.9. waren bei der Ausbildungsvermittlung noch 19.500 unbesetzte Ausbildungsplätze registriert. Ihnen standen noch 14.500 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber gegenüber. Damit ist die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze erstmals seit 2001 wieder höher als die der unversorgten Bewerber. Das am 30.9.2008 noch gemeldete Ausbildungsstellenangebot übersteigt die Zahl der noch gemeldeten Bewerber um 5.000 Stellen.

Hinzuweisen ist allerdings auch auf weiterhin bestehende regionale und strukturelle Unterschiede auf dem Ausbildungsmarkt. In einigen Regionen und Berufen wird es zunehmend schwierig, alle vorhandenen Ausbildungsplätze zu besetzen.

Die Perspektiven für die Nachvermittlung sind aus Bewerbersicht sehr gut: Im Rahmen der Nachvermittlung der noch unversorgten Jugendlichen stehen zum einen noch die unbesetzten Ausbildungsplätze zur Verfügung. Zum anderen kann auch der überwiegende Teil der zugesagten 40.000 Plätze für betriebliche Einstiegsqualifizierungen, die eine erfolgreiche Brücke in betriebliche Ausbildung bilden, noch besetzt werden. Besonderes Augenmerk muss den Jugendlichen mit Migrationshintergrund gelten, deren Ausbildungsvoraussetzungen und -beteiligung weiterhin deutlich verbessert werden müssen. Die Paktpartner haben dazu im Rahmen ihrer Selbstverpflichtungen im Nationalen Integrationsplan Erhebliches beigetragen. Gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz werden sie ihre Maßnahmen und Ziele weiter konkretisieren.

Angesichts des heute – in bestimmten Wirtschaftsbereichen und Berufen – bereits spürbaren Fachkräftemangels ist es auch erforderlich, die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung zu verbessern. Neben einem offeneren Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte müssen Berufserfahrungen auf ein Studium anrechenbar sein.

Für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses ist es zudem wichtig, die schulische Vorbildung der Jugendlichen zu verbessern sowie den Anteil der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, in den nächsten 5 Jahren zu halbieren. Die Arbeitsagenturen unterstützen die Bestrebungen der Schulen auch durch die Förderung der vertieften Berufsorientierung, beginnend in den Vorabgangsklassen. Durch die modellhafte Erprobung der Berufseinstiegsbegleitung an 1.000 Schulen ab 2009 wird die Prävention weiter verstärkt.

Die Paktpartner haben gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz ebenfalls Initiativen ergriffen. Gemeinsames Ziel ist es, Berufswegeplanung zum festen Bestandteil im Unterricht aller Schulen zu machen. Hierfür wurden Eckpunkte verabredet, die in den nächsten Monaten weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus vereinbarten die Paktpartner, die Bundesagentur für Arbeit, die Kultusministerkonferenz und die Wirtschaftsministerkonferenz bei der Sitzung des Paktlenkungsausschusses, Jugendliche künftig gezielter und passgenauer bei der Berufswahl zu unterstützen (Berufswegeplanung).

www.dihk.de/pakt/

Verwaltungsrat der BA stellt Haushalt 2009 fest

(BA) Der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat Mitte November den Haushaltsplan 2009 festgestellt. Der Haushalt 2009 basiert u. a. auf der von der Bundesregierung beschlossenen Beitragssatzsenkung zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent (2008: 3,3 Prozent).

Die mit der Beitragssatzsenkung verbundenen Mindereinnahmen führen im Haushalt 2009 zu einem operativen Minus von 5,9 Milliarden Euro, dennoch werden die Rücklagen der BA am Ende des kommenden Jahres noch voraussichtlich 9,5 Milliarden Euro betragen.

Die BA rechnet 2009 mit Gesamteinnahmen von 34,75 Milliarden Euro; ein Großteil davon aus Beitragseinnahmen (22,63 Milliarden Euro). Daneben beteiligen sich Bund und Länder über Einnahmen aus der Mehrwertsteuer mit 7,78 Milliarden Euro an der Finanzierung der BA. Die geplanten Gesamtausgaben betragen 40,70 Milliarden Euro. Für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sieht der Haushaltsplan Ausgaben in Höhe von 12,58 Milliarden Euro vor. Von diesem Gesamtbetrag entfallen insgesamt 3,67 Milliarden Euro auf den Eingliederungstitel, in dem die Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung zusammengefasst sind. Im Jahr 2009 werden 470 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen als 2008 ausgegeben werden. Zusätzlich zum dezentral geplanten Budget hat der Verwaltungsrat beschlossen, als Impuls zur Verminderung des Fachkräftemangels 50 Millionen Euro für die Fortbildung gering Qualifizierter zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus hat der Verwaltungsrat 50 Millionen Euro zur Qualifizierung von Kurzarbeitern veranschlagt. Für Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit sind 15,38 Milliarden Euro veranschlagt. Damit können im Jahresdurchschnitt knapp eine Million Leistungsempfänger finanziert werden. Der so genannte Eingliederungsbeitrag, mit dem die BA die Kosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit finanziert, ist mit 4,7 Milliarden Euro angesetzt.

www.arbeitsagentur.de

Nachrichten

Initiativpreis Aus- und Weiterbildung 2008

(DIHK) Der Festo Bildungsfonds und der BASF Ausbildungsverbund wurden in Berlin mit dem Initiativpreis Aus- und Weiterbildung 2008 ausgezeichnet. Der Preis wurde von der Otto-Wolff-Stiftung, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und der "Wirtschaftswoche" bereits zum 16. Mal vergeben. Mit der gläsernen Pyramide werden seit 1993 Projekte ausgezeichnet, die "beispielhaft die Initiativkraft des betrieblichen Bildungswesens fördern" und "die Verantwortung der Unternehmen für die Qualifizierung von Fach- und Führungskräften bekannter machen". Bedingung ist: Die eingereichten Konzepte müssen auf andere Unternehmen übertragbar sein. Der Festo Bildungsfonds verbindet die Funktionen Finanzierung, Qualifizierung und Networking miteinander und zeigt somit eine Lösung auf, wie unternehmerisches Engagement auch im Bereich der Bildung einen wertvollen Beitrag für die Zukunftssicherung des Standorts Deutschland leisten kann.

Der 2003 von der BASF initiierte Ausbildungsverbund mit Partnerunternehmen gibt jungen Leuten aus der Metropolregion Rhein-Neckar nicht nur die Chance auf einen Berufseinstieg, sondern gewinnt auch neue Betriebe für eine Ausbildung, schafft zusätzliche Ausbildungsplätze und hilft beim Übergang von Ausbildung in Beschäftigung.

www.dihk.de/initiativpreis/index.html

Wirtschaftsmagazin: Fördermittel werden nicht für Integration genutzt

(WDR) In NRW werden in diesem Jahr Fördermittel für Langzeitarbeitslose in Höhe von rund 100 Millionen Euro nicht abgerufen. Das sind knapp 10 Prozent der zur Verfügung stehenden Gesamtsumme. Das berichtete das WDR-Wirtschaftsmagazin "markt" in seiner Ausgabe 10. November 2008. Weitere 100 Millionen Euro wurden zudem aus dem Topf für Eingliederungshilfen in das Verwaltungskostenbudget umgeschichtet, so dass insgesamt knapp 20 Prozent der vorgesehenen Fördermittel nicht für die Integration von Langzeitarbeitslosen verwendet wird. Der Sprecher der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Ar-

beit begründet dies mit organisatorischen Problemen der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn), die für Betreuung und Förderung der Empfänger von Arbeitslosengeld II zuständig sind. Bereits im August hatte die Leiterin der Regionaldirektion NRW, Christiane Schönefeld, bei den ARGEn die Ausschöpfung der Fördermittel angemahnt. Konkret beklagte sie in einem Brief, dass die ARGEn bei verschiedenen Förderprogrammen weit hinter den vereinbarten Zielen zurückbleiben.

Die meisten ausbildungsberechtigten Betriebe bilden auch aus

(IAB) Fast 80 Prozent der ausbildungsberechtigten Betriebe haben sich im Zeitraum 2001 bis 2007 an der Ausbildung von Jugendlichen beteiligt, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Dieser Anteil ist weitaus höher, als aus einer jährlichen Betrachtungsweise hervorgeht. Im Jahr 2007 bildete zum Beispiel nur jeder zweite Betrieb mit Ausbildungsberechtigung auch aus. „Bei der Mehrheit der ausbildungsberechtigten Betriebe geht es somit nicht darum, sie überhaupt zur Ausbildung zu motivieren, sondern vielmehr um eine Verstetigung der Ausbildungsaktivitäten“, so der Arbeitsmarktforscher Florian Janik. Derzeit erfüllen nahezu 60 Prozent der deutschen Betriebe die Voraussetzungen, um überhaupt ausbilden zu dürfen. Unter ihnen bildet etwa die Hälfte derzeit auch wirklich aus.

Betrachtet man jedoch einen längeren Zeitraum, stellt sich heraus, dass die Zahl der dauerhaft nicht ausbildenden Betriebe nur bei rund 20 Prozent der ausbildungsberechtigten Betriebe liegt. Viele kleinere Betriebe bilden zwar immer wieder, aber eben nicht jedes Jahr aus. „Für Klein- und Kleinstbetriebe ist es schwieriger, die personellen, technischen und finanziellen Lasten für ein ständiges Engagement in der Berufsausbildung zu tragen. Gleichzeitig tritt bei vielen kleineren Betrieben nur in größeren Abständen ein Bedarf an Nachwuchskräften auf“, erklärt der IAB-Forscher Janik die Ergebnisse der IAB-Studie. Er rät daher, verstärkt bei mittleren und großen Betrieben dafür zu werben, mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Der Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten sei bei diesen bislang geringer als bei den Klein- und Kleinstbetrieben.

„Die Situation am Ausbildungsmarkt hat sich zwar zuletzt verbessert, ist aber immer noch nicht zufriedenstellend“, betont das IAB. Viele Bewerber hätten auch in diesem Jahr keinen Ausbildungsplatz erhalten und mussten stattdessen auf eine berufsvorbereitende Maßnahme oder eine Einstiegsqualifizierung ausweichen. Die Zahl der Altbewerber sei nach wie vor hoch, und in den nächsten Jahren würden noch relativ geburtenstarke Jahrgänge auf den Ausbildungsmarkt drängen.

Zum Ende des Berufsberatungsjahres 2007/2008 waren am 30. September bei der Bundesagentur für Arbeit noch 14.500 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber registriert. Ihnen standen zwar 19.500 unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber, diese passten jedoch hinsichtlich des Berufsziels, der geforderten Qualifikationen oder der räumlichen Lage nicht zu den Bewerbern.

<http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb1908.pdf>

Rund 62 Prozent aller behinderten Menschen höchstens mit Hauptschulabschluss

(Destatis) Das Statistische Bundesamt (Destatis) verfügt über umfangreiche Daten, die die Lebens- und Arbeitssituation von Menschen mit Behinderung widerspiegeln. Dies wurde Bundespräsident Horst Köhler, der sich im Rahmen seines Besuches des Statistischen Bundesamtes besonders für dieses Thema interessierte, in einem Informationsgespräch erläutert. Die Daten stammen aus dem Mikrozensus, der europaweit größten Haushaltsbefragung mit jährlich circa 380 000 befragten Haushalten. Im Rhythmus von vier Jahren werden dabei auch Informationen zu Lebensbedingungen behinderter Menschen gewonnen.

Nach der letzten Erhebung im Jahr 2005 gibt es in Deutschland etwa 8,6 Millionen Menschen mit amtlich anerkannter Behinderung. Das entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von gut 10%. Ein Großteil der behinderten Menschen bestreitet seinen Lebensunterhalt überwiegend aus einer Rente oder Pension (63%). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Behinderungen häufig in höheren Altersgruppen auftreten. Etwa 71% aller behinderten Menschen sind 55 Jahre und älter. Rund 19% aller Menschen mit Behinderung bestreiten ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit, 9% werden überwiegend durch Angehörige unterstützt. Rund 62% aller behinderten Menschen verfügen höchstens über einen Hauptschulabschluss. Etwa 19% beendeten erfolgreich die Realschule oder eine vergleichbare Bildungseinrichtung. Der Anteil von Fachhochschulreife oder Abitur beträgt bei den behinderten Menschen zusammen 12%. Keinen allgemeinen Schulabschluss haben 6% der behinderten Menschen.

Die behinderten Menschen weisen dabei vor allem bei den 25- bis unter 45-Jährigen niedrigere Schulabschlüsse als die Nichtbehinderten auf: 15% der behinderten Menschen in diesem Alter haben keinen allgemeinen Schulabschluss; bei den Nichtbehinderten sind deutlich weniger (3%) der 25- bis unter 45-Jährigen ohne Abschluss. Abitur haben 11% der behinderten und 26% der nichtbehinderten Menschen in dieser Altersklasse.

Auch beim höchsten Berufsabschluss zeigen sich zum Teil Nachteile für die behinderten Menschen: So haben bei den 30- bis unter 45-Jährigen rund 28% der behinderten Menschen keinen Abschluss, der Vergleichswert bei den Nichtbehinderten beträgt 14%. Einen Hochschulabschluss weisen 3% der behinderten und 11% der nichtbehinderten Menschen in diesem Alter auf.

www.destatis.de

Mangelhafte Integration junger Menschen verursacht erhebliche Folgekosten

(Bertelsmann Stiftung/IDW) Die mangelhafte Integration junger Menschen in die Arbeitswelt verursacht ganz erhebliche gesellschaftliche Folgekosten. Durch grundlegende bildungspolitische Weichenstellungen könnten für die Jahre 2007 bis 2015 insgesamt 13,4 Milliarden Euro an direkten und 15,9 Milliarden Euro an indirekten Kosten bei der Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Beschäftigung eingespart werden. Hinzu kämen Wertschöpfungspotenziale durch den nachträglichen Erwerb von Berufsabschlüssen von gering qualifizierten Arbeitnehmern in Höhe von 21,5 Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln erstellt wurde.

"Mit unserer Untersuchung wollen wir wenige Tage vor dem Bildungsgipfel in Dresden nachdrücklich auf die Probleme junger Menschen beim Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt aufmerksam machen", sagte der Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung, Dr. Gunter Thielen, bei der Vorstellung der Ergebnisse. "Aus unserer Sicht wird das wichtige Thema der Berufsausbildung immer noch nicht konsequent genug behandelt."

Um das riesige Einspar- und Wertschöpfungspotenzial schon bis zum Jahr 2015 zu erreichen, werden in der Studie drei zentrale bildungspolitische Reformziele entwickelt. Dazu gehören eine Reduzierung der Zahl der Schulabgänger mit mangelnder Ausbildungsreife sowie der langen Verweildauer im so genannten Übergangssystem um jeweils ein Drittel. Zusätzlich müssten fünf Prozent der heute Geringqualifizierten im Rahmen umfassender Nachqualifizierungen nachträglich einen Berufsabschluss erwerben. Neben diesen aufgezeigten Einspar- und Wertschöpfungspotenzialen ließe sich aufgerechnet bis 2015, begründet durch die sinkende Zahl der Schulabgänger, noch eine "demographische Rendite" in Höhe von 7,5 Mrd. Euro erzielen.

Die Berechnungen der direkten Kosten für die Integration Jugendlicher in die Arbeitswelt basieren auf den Zahlen des Jahres 2006. In diesem Jahr haben Bund, Länder, Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit (BA) 5,6 Milliarden Euro für Integrationsmaßnahmen ausgegeben. An den identifizierten Unterstützungsangeboten im Bereich der Berufsvorbereitung nahmen im Jahr 2006 insgesamt 437.584 Jugendliche teil. Rechnerisch verbringt damit jeder Schulabgänger mit maximal Hauptschulabschluss rund 1,4 Jahre im Übergangssystem. Im Bereich der indirekten Kosten ergeben sich Einsparpotenziale beim Arbeitslosengeld und der sozialen Mindestsicherung durch die bessere Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Beschäftigung. Zudem resultieren Wertschöpfungspotenziale aus der beruflichen Nachqualifizierung von An- und Ungelernten, die den Einstieg in Arbeit erleichtern und ein höheres Einkommen (Aufstieg durch Bildung) ermöglichen.

www.idw-online.de

6,5 Prozent aller Migranten verlassen Schule ohne erfolgreichen Abschluss

(Destatis) Kinder von Migranten tun sich schwer im deutschen Schulsystem. Das Statistische Bundesamt hat anhand von Zahlen aus dem Jahr 2007 den Schulerfolg von „Menschen mit Migrationshintergrund“ untersucht, die ihre schulische Ausbildung ausschließlich in Deutschland erhalten haben. Dazu mussten diese entweder in Deutschland geboren oder beim Zuzug höchstens fünf Jahre alt gewesen sein. Von den 2,0 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, die ausschließlich in Deutschland zur Schule gegangen sind und das deutsche Schulsystem vollständig durchlaufen haben, haben 137.000 keinen allgemeinen Schulabschluss erreicht (44.500 mit und 92.500 ohne einen deutschen Pass). Damit haben 6,5% dieser Migrantenkinder die Schule ohne Erfolg abgeschlossen. Zu den „Menschen mit Migrationshintergrund“ zählen alle seit 1950 Zugewanderten und ihre Nachkommen. Innerhalb der gesamten einheimischen Bevölkerung gab es im Übrigen 847.000 Menschen ohne Schulabschluss, das sind 1,5% aller ehemaligen Schüler.

www.destatis.de

Junge Migranten am Arbeitsmarkt: Bildung und Einbürgerung verbessern die Chancen

(IAB) Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit erreichen höhere Bildungsabschlüsse und haben mehr beruflichen Erfolg als nicht eingebürgerte Migranten. Aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht jedoch auch hervor: Selbst bei gleichen Ausbildungsabschlüssen haben Migranten schlechtere Arbeitsmarktchancen als Deutsche – und junge Türken sind besonders benachteiligt.

Das IAB hat in der Studie die Bildungsabschlüsse und Arbeitsmarktsituation von 26- bis 35-Jährigen untersucht, die in Deutschland zur Schule gegangen sind. Bei den eingebürgerten Migranten ist der Anteil derer, die keinen Schulabschluss vorweisen können, deutlich geringer als bei ihren Landsleuten ohne deutschen Pass. Junge Türken sind hier am schlechtesten gestellt. 13 Prozent von ihnen haben keinen Schulabschluss – aber nur acht Prozent der eingebürgerten Türken, sieben Prozent der sonstigen Ausländer, drei Prozent der eingebürgerten sonstigen Ausländer und zwei Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund.

Die geringere Bildung wirkt sich auf die gesamte weitere Karriere aus. Mehr als die Hälfte der in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger im Alter von 26 bis 35 hat keine abgeschlossene Berufsausbildung, während dies bei eingebürgerten Türken nur für ein Drittel gilt. Auch alle anderen Zuwanderergruppen absolvieren seltener eine Ausbildung, wenn sie keinen deutschen Pass besitzen: 30 Prozent der Nicht-Eingebürgerten gegenüber 21 Prozent der Eingebürgerten verfügen über keinen beruflichen Abschluss. Bei Deutschen ohne Migrationshintergrund trifft das nur auf 12 Prozent zu. Schul- und Ausbildungsabschlüsse seien aber die wichtigsten Schlüssel für die Arbeitsmarktintegration, betont der Arbeitsmarktforscher Holger Seibert in der IAB-Studie.

Schließen sie eine berufliche Ausbildung ab, gewinnen Eingebürgerte türkischer Herkunft am meisten. Mit beruflichem Abschluss sind sie zu 86 Prozent erwerbstätig, ohne beruflichen Abschluss nur zu 66 Prozent. Der Anteil qualifiziert Beschäftigter steigt bei den Deutschen türkischer Herkunft von 27 auf 68 Prozent. Keine andere Gruppe, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, profitiert so stark von einer Ausbildung. Selbst mit abgeschlossener Ausbildung erreichen Migranten jedoch nicht die gleichen Arbeitsmarktpositionen wie Einheimische. Das gilt insbesondere für junge Erwachsene mit türkischer Staatsangehörigkeit: Sie sind häufiger erwerbslos und deutlich seltener qualifiziert tätig als vergleichbar gebildete Deutsche oder Migranten anderer Herkunftsländer. Die besondere Benachteiligung türkischer Staatsangehöriger lasse sich also nur teilweise auf niedrigere oder fehlende Schulabschlüsse zurückführen, so IAB-Forscher Seibert.

<http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb1708.pdf>

Hermann-Schmidt-Preis 2008

(BIBB) Thema des zum 12. Mal verliehenen Hermann-Schmidt-Preises war es, innovative, zielgruppenspezifische Bildungskonzepte für Jugendliche und junge Erwachsene zu fördern, die darauf abzielen, Jugendliche und junge Erwachsene mit besonderem Förderbedarf zu integrieren, Benachteiligungen abzubauen und besondere Begabungen zu unterstützen.

Der Verein "Innovative Berufsbildung e. V." hat sich zum Ziel gesetzt, mit dem jährlich von ihm verliehenen Hermann-Schmidt-Preis auf innovative Ansätze in der Berufsbildungspraxis aufmerksam zu machen, diese zu fördern und als gute Beispiele zur Nachahmung zu empfehlen.

Aus den zum Wettbewerb eingereichten 30 Initiativen gingen als Sieger hervor:

1. Preis (3.000 Euro): Bosch Rexroth AG für das Projekt "Smile - Soziales Miteinander im Leben entwickeln"

Um soziale Kompetenzen wie Hilfsbereitschaft, Engagement, Respekt, Geduld und Teamgeist bei den Beteiligten zu fördern, hat die Bosch Rexroth AG in Kooperation mit ortsansässigen sozialen Einrichtungen eine freiwillige soziale Woche für Auszubildende im 2. Ausbildungsjahr eingeführt. Im Anschluss daran werden Menschen mit Behinderungen für ein Kurzzeitpraktikum in das Unternehmen eingeladen, wobei Ablauf und Betreuung des Praktikums - unter Anleitung eines Projektbetreuers - in Eigenverantwortung der Auszubildenden liegen. In Kleingruppen wird sowohl in den sozialen Einrichtungen als auch in Unternehmen gemeinsam an Projekten und praktischen Aufgaben gearbeitet. Die Auszubildenden lernen, ihre Fähigkeiten und ihr Können partnerschaftlich einzubringen und werden durch die Übernahme von Verantwortung in ihrem persönlichen Reifeprozess gestärkt. Pro Jahr nehmen rund 50 % des entsprechenden Ausbildungsjahres an dieser Maßnahme teil.

Der zweite Preis (2.000 Euro) ging an das IHK-Bildungszentrum Schwerin gemeinnützige Gesellschaft mbH mit dem Projekt "Ausbildungskooperation Berufsschule - Wirtschaft (ABsW)" und der dritte Preis

(1.000 Euro) and die METRO Group und Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke (BAG BBW) für das Projekt "VAmB - Verzahnte Ausbildung mit den Berufsbildungswerken"
Einen Sonderpreis (500 Euro) erhielt die Pädagogische Anlaufstelle der Handwerkskammer Koblenz für das Berufsbildungsprojekt "(e)motion!"

Studie: Wo Ausbildungspotenzial noch brach liegt

(IAB) Ein Drittel aller Betriebe in Deutschland engagierte sich im Jahr 2007 in der betrieblichen Ausbildung. Dies zeigt ein Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB. Etwas mehr als ein Viertel machte von der Ausbildungsberechtigung keinen Gebrauch und ungefähr 40 Prozent waren nicht ausbildungsberechtigt. Großbetriebe und die Betriebe des Produzierenden Gewerbes beteiligten sich überdurchschnittlich an der dualen Ausbildung. Die Zahl der Ausbildungsbetriebe ist seit 2002 ebenso wie die Zahl der Betriebe insgesamt gesunken. In einem Zeitraum von insgesamt sieben Jahren, von 2001 bis 2007, haben sich fast 80 Prozent der ausbildungsberechtigten Betriebe permanent oder mit Unterbrechungen an der Ausbildung beteiligt. Der Anteil der dauerhaft ausbildungsabstinenten Betriebe ist somit deutlich geringer, als die Betrachtung einzelner Jahre vermuten lässt. Bei der Ausbildungsplatzakquise erscheint deshalb eine stärkere Fokussierung auf die Mittel- und Großbetriebe angezeigt, die bereits von ihrer Ausbildungsbe-
rechtigung Gebrauch machen."

<http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb1908.pdf>

Neues Internetangebot des BIBB für Prüfer und Prüferinnen in der Berufsbildung

(BIBB) Für die schätzungsweise mehr als 300.000 Prüfer und Prüferinnen in der beruflichen Aus- und Fortbildung gibt es ab sofort ein neues Informations- und Kommunikationsangebot im Internet - www.prueferportal.org. Das vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) entwickelte Portal bietet "auf einen Klick" alle wichtigen Informationen rund um das Prüfungswesen und das Prüferamt sowie die Möglichkeit, sich mit anderen Prüfern und Prüferinnen auszutauschen. Neben allen Informationen rund um das Thema Prüfungen bietet das Portal auch einen Überblick über die Rechtsgrundlagen des Prüfungswesens und die aktuelle Rechtsprechung. Prüfungsanforderungen in Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne für einzelne Berufe können abgerufen werden; Praxisbeispiele und Materialien für ausgewählte Berufsbilder ergänzen das Angebot. Veranstaltungshinweise und ein elektronischer Newsletter runden das Angebot ab. Das Prüferportal des BIBB wurde im Auftrag und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sowie in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, Kammern und Experten und Expertinnen aus der Prüfungspraxis entwickelt.

www.prueferportal.org

Fachtagung zur Neuausrichtung der Arbeitsmarktinstrumente

(IDW) Im Rahmen einer Fachtagung trafen sich 130 Fachleute aus dem Bereich der beruflichen Bildung an der Fachhochschule des Mittelstands (FHM), um sich über die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu informieren und mit Entscheidungsträgern zu diskutieren. Hochkarätige Referenten, unter anderem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Berlin und von der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg lieferten Informationen aus erster Hand und lockten Bildungsträger aus dem ganzen Bundesgebiet nach Bielefeld.

Für die nächsten zwei Jahre zeichnen sich in der beruflichen Weiterbildung durch eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktinstrumente gravierende Veränderungen ab. "Mit dieser Fachtagung möchten wir Bildungsträgern Chancen aufzeigen, vor dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen innovative Produkte zu entwickeln und neue Marktsegmente zu erobern", beschrieb Prof. Dr. Richard Merk, Geschäftsführer der Fachhochschule des Mittelstands (FHM), das Ziel der Tagung.

Anlass der Neuausrichtung sind aktuelle Forschungs- und Evaluationsberichte, die die bisherigen Maßnahmen auf Effektivität und Effizienz geprüft haben. "Seit dem Jahr 2000 ist das Wissen um die Wirkung aktiver Arbeitsmarktpolitik auf die Beschäftigungschancen Arbeitsloser beträchtlich gestiegen: Besonders positive Wirkungen zeigen Lohnkostenzuschüsse, die Gründungsförderung, berufliche Weiterbildungen und Trainingsmaßnahmen", so Thomas Kruppe, Leiter der Arbeitsgruppe "Berufliche Weiterbildung" beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg.

www.fhm-mittelstand.de/arbeitsmarktinstrumente.html

BIBB aktualisiert Planspielkatalog für die Berufsbildung

(BIBB) Planspiele in der beruflichen Bildung sind ein echter "Renner": Wegen der hohen Nachfrage hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) seine Multimedia-Handreichung "Planspiele in der beruflichen Bildung" aktualisiert. Die Publikation enthält neben dem Fachbuch eine CD-ROM. Gefragt ist vor allem der hierauf enthaltene Planspielkatalog. Dieser bietet eine Übersicht über mehr als 500 aktuelle deutschsprachige Planspielangebote, beschreibt deren Inhalte und Einsatzmöglichkeiten in der Praxis und präsentiert darüber hinaus ausgewählte spielbare Demo-Versionen.

Planspiele sind besonders geeignet, um in der beruflichen Aus- und Weiterbildung "Ernstfälle" des späteren Berufsalltags zu simulieren und zu trainieren. Sie fördern das komplexe und vernetzte Denken - und außerdem macht das Lernen mit Planspielen auch noch Spaß. Weil dieses seit dem Jahr 2000 auf dem Markt befindliche Bildungsmedium besonders gut von der Praxis angenommen wird, legt das BIBB die Publikation nun bereits in seiner vierten, überarbeiteten Auflage vor.

In der aktuellen Ausgabe wurden bereits erfasste Planspielangebote auf den neuesten Stand gebracht sowie die jüngsten Neuentwicklungen und Trends im Planspielmarkt aufgenommen. Neben den "klassischen" Planspielkonzeptionen wie Computer-, Gruppen-, Individual-, Brett- und Online-Planspielen werden verstärkt auch so genannte "offene" Planspielformen ("Free-Form-Games") vorgestellt, die im betrieblichen Organisationslernen eine immer größere Rolle einnehmen. Eine neue Klassifizierung des Angebots erleichtert zudem die gezielte Auswahl. Mehr als 80 Planspieltrainer und -anwender berichten von ihren Erfahrungen und geben Empfehlungen ab.

Ergänzt wird das im Fachbuch und auf der CD-ROM enthaltene Planspielangebot durch das BIBB-Planspielforum im Internet. Das Forum versteht sich als Plattform für alle, die am Medium "Planspiele" interessiert sind. Neben Kommunikationsangeboten per Internet werden hier unter anderem neue Planspielideen, Trainer- und Entwicklerinformationen sowie aktuelle Veranstaltungen vorgestellt. Das Forum bietet außerdem die Möglichkeit, sich als Anbieter von Planspielen zu präsentieren.

www.bibb.de/planspielforum

Termine

1. - 2. Dezember 2008: 11. DIE-Forum Weiterbildung: Zukunftsthema Grundbildung. Infos: www.die-bonn.de/portrait/aktuelles/die_forum_2008_programm.htm

10.-14. Februar 2008: didacta. Bildungsmesse. Hannover. Infos: www.didacta-hannover.de

8. – 9. Mai 2009: Weiterbildungsmesse „Bildunghoch2“. Goethe-Universität Frankfurt. Infos: www.bildunghoch2.de